

Frankfurter R. 15. Okt. 2010

Wirtschaft klagt über Bürger

Einspruchsrechte der Bürger behindern in Deutschland nach Ansicht des BDI zu viele Großprojekte.

Kanzlerin Merkel rügte, dass zu viele Bauvorhaben zu einem „örtlichen Drama“ werden.

Von Markus Sievers

BERLIN. Die deutsche Wirtschaft fordert nach den massiven Protesten gegen Stuttgart 21 und andere Großprojekte raschere Entscheidungsverfahren mit geringeren Einspruchsrechten der Bürger. „Wir haben im weltweiten Vergleich eine einmalige Beteiligung von Bürgern und Verbänden“, sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Hans-Peter Keitel, der Frankfurter Rundschau. „Manchmal müssen wir aber überlegen, ob das nicht zu viel und zu langwierig ist und es am Ende sogar mehr schadet als nützt“, meinte Keitel. Durch die „starke Öffentlichkeits-

beteiligung“ verlängerten sich die Genehmigungsverfahren derart, dass bei deren Abschluss der technische Fortschritt die Bedingungen grundlegend verändert habe.

Keitel beklagte ein „latentes Misstrauen“ in der Bevölkerung, das „alle Bereiche der Wirtschaft“ treffe. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht jeden Investor unter Generalverdacht stellen“, sagte der Industriepresident. Technik werde seit jeher in Deutschland hinterfragt – „mehr als anderswo“. „Doch begründete Skepsis darf nicht in Phobie ausarten.“

Bei Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) stößt Keitel damit auf offene Ohren. Sie beklagte bei einem Auftritt vor dem Ost-Aus-

schuss der Deutschen Wirtschaft ebenfalls die sich häufenden Proteste gegen Infrastrukturprojekte. In Deutschland eskaliere vielerorts der Bau von Hochspannungsleitungen oder Kohlekraftwerken zu einem „örtlichen Drama“, kritisierte Merkel. Die Bevölkerung müsse offen bleiben für Innovationen. Konkurrierende Länder in Osteuropa und Asien warteten nicht, bis sich die Deutschen entschieden hätten, meinte Merkel.

Die Kanzlerin hatte sich frühzeitig für den umstrittenen Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs ausgesprochen. Die Kritiker halten das Vorhaben für ein reines Prestigeobjekt mit unkalkulierbaren Kosten. Seiten 4, 5

Deutschland gilt als Armutsland

Studie In einem OECD-Vergleich zur sozialen Gerechtigkeit schneidet die Bundesrepublik schlecht ab. Jedes neunte Kind lebt in Armut.

4.1.11

Deutschland hinkt bei der sozialen Gerechtigkeit hinter anderen Industrieländern hinterher. Vor allem bei der Armutsvermeidung, der Bildungsgerechtigkeit und der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit gibt es Defizite. Das geht aus einer Studie der Bertelsmann-Stiftung hervor. **Danach rangiert die Bundesrepublik im Hinblick auf die soziale Gerechtigkeit im internationalen Vergleich nur im Mittelfeld.** Unter 31 OECD-Staaten belegt sie Platz 15. Angeführt wird der Gerechtigkeitsindex von den nordeuropäischen Staaten Island, Schweden, Dänemark und Norwegen.

men der Kinderarmut, heißt es. **Jedes neunte Kind in Deutschland lebt demnach unter der Armutsgrenze.** Zum Vergleich: in Dänemark sind nur 2,7 Prozent der Kinder von Armut betroffen. Selbst Ungarn (auf Rang 8) und Tschechien (Rang 13) schneiden besser ab als Deutschland (Rang 14).

Trotz verbesserter Pisa-Ergebnisse deutscher Schüler weist auch das Bildungssystem bei der sozialen Gerechtigkeit noch Defizite auf. Hier rangiert Deutschland im OECD-Vergleich mit Platz 22 im unteren Mittelfeld. **Der Bildungserfolg von Kindern hängt der Studie zufolge stark von ihrem sozioökonomischen Hintergrund ab.** Die Chancen, durch eine bessere Ausbildung aufzusteigen, seien geringer als in vielen anderen Staaten. Rückstände sieht die Stiftung auch bei der Vermeidung von Langzeitarbeitslosigkeit. Hier liege Deutschland auf dem vorletzten Platz. *dapd*

Jedes sechste Kind ist arm

W 24.12.10



AXENTIS DE / GEORG J. LORVA

BERLIN. Fast jedes sechste Kind unter 15 Jahren lebt in einer Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaft. Wie die *Saarbrücker Zeitung* am Donnerstag unter Berufung auf aktuelle Daten der Bundesagentur für Arbeit berichtete, wachsen rund 1,74 Millionen Kinder in Deutschland in ärmlichen Verhältnissen auf. Das entspreche einer Quote von 15,8 Prozent. In den neuen Ländern sind es dem Bericht zufolge sogar 27,1 Prozent, in den alten Bundesländern 13,4 Prozent. Besonders dramatisch ist die Lage im Land Berlin. Dort lebt dem Bericht zufolge mehr als jedes dritte Kind in einem Hartz-IV-Haushalt. Die Quote beträgt 36,2 Prozent. (AFP/W)

Realeinkommen um vier Prozent gesunken

4.1.11

DÜSSELDORF. Die gewerkschaftsnahe Hans-Böckler-Stiftung kritisiert, daß sich trotz des realen Einkommenszuwachses im vergangenen Jahr die Ungleichheit bei der Verteilung der Einkünfte im zurückliegenden Jahrzehnt vergrößert habe. **Die Realeinkommen der Beschäftigten seien zwischen 2000 und 2010 sogar um vier Prozent gesunken,** weil die Inflation höher gewesen sei als die Lohnerhöhungen. Die per Tarif geregelten Gehälter lagen demnach am Ende des Jahrzehnts real sieben Prozent höher als am Anfang. Allerdings seien auch die Tariflöhne hinter dem Anstieg von Preisen und Produktivität zurückgeblieben. *(dapd/jW)*

Ein „Skandal“!

Da beklagen sich die Wirtschaftsbesse und ihre Kanzlerin über diese „unverschämten“ Bürger. Die sich einfach nicht mehr ausbeuten und verdummen lassen wollen. Diese Herren und ihre Kanzlerin wollen weiter ungestört das Volk ausnehmen und Armut verbreiten dürfen. Da geht ihnen die Demokratie einfach zu weit!